



Presseinformation

Nr. 361/2011

Kiel, Freitag, 01. Juli 2011

Schülerbeförderung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Katharina Loedige: Der Innenminister muss das rechtswidrige Verhalten verfolgen

In ihrer Rede zum Dringlichkeitsantrag (Keine Bevormundung der Kreise und Kommunen bei der Schülerbeförderung) sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„Die Streichung der Zuwendungen des Landes für die Schülerbeförderungskosten war ein Teil des umfänglichen und notwendigen Maßnahmenkatalogs zur Gesundung des schleswig-holsteinischen Landeshaushaltes. Diese Leistung war eine freiwillige Leistung.“ Die Rücknahme dieser freiwilligen Leistung sei ein Ergebnis der rücksichtslosen Ausgabenpolitik, die vor allem von den schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten betrieben worden sei, betont Loedige.

„Der schleswig-holsteinische Landkrestag reagierte hierauf prompt und forderte das Land im vergangenen Sommer auf, wenn diese freiwillige Leistung schon zurückgenommen werden müsse, dann sollten die Eltern zwingend an der Schülerbeförderung beteiligt werden.“ Die Forderung einer zwingenden Elternbeteiligung an das Land zu richten, sei zwar durchaus legitim, dass nun aber die Landesregierung vonseiten vieler Kreisvertreter für diese Entscheidung an den Pranger gestellt werde, sei befremdlich. „Die FDP-Fraktion hätte sich diesen Streit gerne erspart. Deshalb war es auch unser Wunsch, die zwingende Elternbeteiligung nicht vorzusehen, sondern es den Kreisen freizustellen, ob sie die Eltern an den Schulbuskosten für ihre Kinder beteiligen.“ Die klare und eindeutige Forderung des Landkrestages habe aber auch die FDP-Fraktion zum Nachdenken gebracht.

„Die Beteiligung von Eltern bei den Schulbuskosten kann man inhaltlich ablehnen. Der Landkreis Dithmarschen kann auch gegen die in Rede stehende Elternbeteiligung Klage einreichen. Das sollte er übrigens auch, wenn er einen Rechtsverstoß des Landes sieht.“ Dass aber Innenminister Schlie laut Gesetz gezwungen sei, das rechtswidrige Verhalten des Dithmarscher Kreistages zu verfolgen, sei vollkommen unzweideutig. Durch die Missbilligung des Vorgehens des Innenministers begrüße Die Linke einen klaren Rechtsbruch, dem die Vertreter aller demokratischen Parteien eine Absage erteilen sollten, fordert Loedige abschließend.